



II-2315 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

DIE BUNDESMINISTERIN  
für Umwelt, Jugend und Familie  
DKFM. RUTH FELDGRILL-ZANKEL

Z. 70 0502/121-Pr.2/91

11. Juni 1991  
A-1031 WIEN, DEN.....  
RADEZKYSTRASSE 2  
TELEFON (0222) 711 58

888/AB

1991 -06- 14

zu 954/J

An den  
Herrn Präsidenten  
des Nationalrates

Parlament  
1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Langthaler, Freunde und Freundinnen haben am 24. April 1991 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage mit der Nr. 954/J betreffend Ratifizierung des Baseler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- 1) Wurde dieses Übereinkommen von der Republik Österreich ratifiziert?
- 2) Wenn ja; Ist Österreich nach den Bestimmungen dieses Übereinkommens eine sog. Vertragspartei?
- 3) Wenn nein; Warum wurde dieses Übereinkommen noch nicht ratifiziert?
- 4) Werden Sie als Umweltministerin Schritte unternehmen, daß das "Übereinkommen von Basel über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung" so rasch wie möglich ratifiziert wird?

- 2 -

- 5) Wenn nein; warum nicht?
- 6) Wieviele und welche Staaten haben das Baseler Übereinkommen bis jetzt ratifiziert?
- 7) Gab es im Jahr 1990 und danach weitere Konferenzen?
- 8) Wenn ja; gibt es diesbezüglich Protokolle?

ad 1 bis 3:

Das Baseler Übereinkommen wurde von Österreich bisher noch nicht ratifiziert, da vor Einleitung des parlamentarischen Genehmigungsverfahrens der Entwurf eines Durchführungsgesetzes vorzubereiten ist, das insbesondere für die in Art. 6 des Übereinkommens vorgesehenen Notifikationsvorgänge einen den Erfordernissen des Art. 13 B-VG angemessene innerstaatliche Rechtsgrundlage der auf österreichischer Seite notwendigen behördlichen Maßnahmen in diesem Bereich schafft.

ad 4 und 5:

Wesentliche Inhalte des Baseler Übereinkommens wurden bereits in die §§ 34 bis 37 Abfallwirtschaftsgesetz eingearbeitet. Eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten, des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst und meines Ressorts arbeitet derzeit an der Umsetzung der Notifikationsvorschriften, die in einem Gesetz mit dem Titel "Gesetz zur Durchführung des Baseler Übereinkommens" zusammengefaßt werden sollen.

Die Ratifizierung soll noch in diesem Jahr erfolgen.

- 3 -

ad 6:

Frankreich, Ungarn, Jordanien, Mexiko, Nigeria, Norwegen, Panama, Rumänien, Saudi-Arabien und die Schweiz haben das Baseler Übereinkommen bis jetzt ratifiziert.

ad 7 und 8:

Nach den meinem Ressort vorliegenden Informationen fanden seit dem Jahr 1990 keine weiteren Konferenzen statt.

